

Landschaft und Umwelt

Einleitung einer neuen Energiepolitik für öffentliche Gebäude

Investitionen und Sanierungsmaßnahmen zur Einsparung von Energie am Gemeindezentrum sind seit langem überfällig und unerlässlich. Anhand von neutralen gebäudetechnischen Gutachten soll ein Maßnahmenkatalog erstellt werden, um ein nachhaltiges und finanzierbares Sanierungskonzept auf den Weg zu bringen. Die Fragen nach Art und Umfang der Sanierungsmaßnahmen müssen zusammen mit der Frage nach der Zukunft von Schule und Kindergarten in Prisdorf beantwortet werden.

Seit Jahren plädieren wir für eine Senkung des Verbrauchs von Energie in öffentlichen Gebäuden wie z.B. Schule, Turnhalle und Bilsbek-Raum. Mittlerweile bedarf es etwa angesichts der jüngsten Rekorderhöhungen bei Rohöl- und Erdgaspreisen keiner großen Aufklärung mehr, dass Investitionen in energiesparende Anlagen und Sanierungsmaßnahmen sinnvolle Entscheidungen wären. Viele Eigentümer versuchen bereits seit Jahren privat den Energieverbrauch ihrer Wohnungen und Häuser aus finanziellen und ökologischer Gründen zu minimieren und werden dabei durch zahlreiche Förderprogramme der Bundespolitik finanziell unterstützt.

Mit Blick auf unseren größten öffentlichen Gebäudekomplex, dem **Gemeindezentrum** wurde dieses Thema in den letzten Jahren nicht einmal ernsthaft in Erwähnung gezogen. Zwar hat die Haushaltslage Prisdorfs bisher ein solches Investitionsvorhaben finanziell nicht wirklich zugelassen; aber wir denken, dass eines solches Unterfangen zumindest konzeptionell bereits auf den Weg gebracht hätte werden können. Nur weil man gegenwärtig keine Mittel hat, rechtfertigt dies ja noch längst nicht, es zu unterlassen, sich über zukünftige Entwicklungen und mögliche politische Entscheidungen Gedanken zu machen. (Dies gilt übrigens ganz generell auch für andere politische Handlungsfelder.)

Wir setzen uns dafür ein, dass neutrale Gutachter wie Energieberater, Architekten oder Ingenieure der Gemeinde helfen, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, anhand dessen dann über ein **sinnvolles und finanzierbares Sanierungskonzept** beraten und entschieden werden kann. Dafür wurden bereits bei der letzten Haushaltsverabschiedung 10.000 EURO für entsprechende Gutachten - und das begrüßen wir – *einstimmig* von allen Fraktionen bereitgestellt.

Wir hoffen, dass dieser Konsens auch bei einer tatsächlichen Durchführung des Projekts bestehen bleibt, so dass eine langfristige und nachhaltige Lösung des Energieproblems am Gemeindezentrum gefunden wird.

Im Übrigen geben wir zu bedenken, dass es hierbei nicht nur um Fragen der Sanierung eines Gebäudes geht, sondern dass zugleich notwendige politische Richtungsentscheidungen in den Bereichen von Schule, Sport und Kinderbetreuung getroffen und sodann berücksichtigt werden müssen. Die Frage nach der Zukunft von Schule und Kindergarten hat unserer Meinung nach Priorität und beeinflusst die Frage nach möglichen Sanierungsmaßnahmen maßgeblich. Dies macht ein solches Unterfangen nicht leichter, da es einer kooperativen Zusammenarbeit aller Ausschüsse bedarf, um finanzierbare sowie verantwortungsvolle und nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Wir vom BBP stellen uns dieser Verantwortung und hoffen, wie bereits erwähnt, das mit den anderen Fraktionen auch hierbei Konsens herrscht.

Wiedereinsetzung des Umweltausschusses

Umweltpolitik findet in starkem Maße auf kommunaler Ebene statt. Vor Ort und im Dialog mit Bürgern, Unternehmen und örtlichen Organisationen können Natur und Landschaft in Prisdorf am besten geschützt werden. Der von der CDU-Mehrheitsfraktion abgeschaffte Umwelt- und Landschaftsausschuss muss unbedingt wieder eingesetzt werden, damit

- *baupolitische Interessen in Prisdorf nicht über ökologische gestellt werden und*
- *Konzepte und Initiativen engagierter Bürger für den Schutz des Prisdorfer Natur- und Landschaftsraumes ein selbständiges politisches Forum haben.*

Umwelt- und Wirtschaftspolitik werden wohl auch in Zukunft konflikträchtige Politikbereiche bleiben. Fest steht aber auch, dass kommunale Umweltpolitik in erster Linie auf gemeindlicher Ebene stattfinden sollte. Anders als Landes- oder Kreispolitikebene kann die Gemeinde im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, privatwirtschaftlichen Unternehmen und örtlichen Organisationen gemeinsame Problemlösungen entwickeln, um eine nachhaltige Entwicklung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Ein solcher oftmals mit dem Stichwort „Nachhaltigkeit“ benannte politische Grundsatz ist mittlerweile längst zu einer partiübergreifenden politischen Realität geworden, und das nicht nur auf globalen Konferenzebene der Vereinten Nationen, sondern auch ganz konkret auf regionaler Ebene: in Unternehmen, Schulen, lokalen Agenda 21-Gruppen – und eben in der Kommunalpolitik.

Gegen diesen Trend der Zeit hat die **CDU** mit ihrer Mehrheit beschlossen, den Umwelt- und Landschaftsausschuss für die kommende Legislaturperiode **abzuschaffen**.

Umweltpolitische Fragen und Probleme sollen künftig im Bau- und Wegeausschuss *mitverhandelt* werden. Damit wurde das Feld der baupolitischen Interessen eindeutig über ökologische und umweltpolitische Anliegen gestellt. Letztere drohen unserer Ansicht nach auf das unvermeidliche Prüfen von gesetzlich gegebenen Vorschriften (z.B. Umweltprüfung bei der Ausweisung neuer Baugebiete) reduziert zu werden.

Wir hingegen denken, dass für ein zukünftiges umweltpolitisches Engagement in Prisdorf ein **Umweltausschuss absolut unverzichtbar** ist. Es muss einen Ort geben, an dem engagierte Bürger und Kommunalpolitiker nicht nur regelmäßig und generationsübergreifend zusammenkommen und sich um die zukünftigen Perspektiven des Natur- und Lebensraums in Prisdorf Gedanken zu machen, sondern auch solche Überlegungen in beschlussfähige Konzepte umwandeln können. Nur in einem Ausschuss können politische Spielräume für umweltpolitisches Handeln auf transparente Art und Weise ausgelotet und ggf. sogar erweitert werden. Nur durch eine eigenständige Ausschussarbeit können interessierte und Nachwuchs-Kommunalpolitiker den Stellenwert von umwelt- und landschaftsschützenden Maßnahmen unabhängig von wirtschafts- und baupolitischen Interessen schätzen lernen.

Der Bau- und Wegeausschuss hat bereits das größte Arbeitsaufkommen. Mit der anstehenden Sanierung des Gemeindezentrums wird es nicht geringer. Umweltpolitische Fragen, die sich nicht aus gegenwärtigen baupolitischen Interessen ergeben, sondern dem Bestreben eines langfristigen und nachhaltigen Schutzes und Erhalts des Prisdorfer Lebensraumes zugrunde liegen, gehören unserer Meinung nach in einen eigenständigen Umwelt- und Landschaftsausschuss.

Wahrung und Einhaltung des Landschaftsplanes

Der vor Jahren aufwendig erstellte Landschaftsplan stellt ein unverzichtbares Instrument zur langfristigen Gestaltung und Bewahrung der Prisdorfer Naturlandschaft dar. Die darin angegebenen Maßnahmen zum Schutz und Erhalt ökologisch besonders wertvoller Flächen müssen endlich ernsthaft durch die Politik Prisdorfs aufgegriffen werden.

1997 hat die Gemeinde Prisdorf die Erstellung eines Landschaftsplanes in Auftrag gegeben, der dann 2001 dem Gemeinderat vorgelegt werden konnte. Ein solcher Plan kann ein sinnvolles Instrument für eine langfristige kommunalpolitische Planung sowie der Setzung und

Durchsetzung politischer Ziele darstellen. Generell dient ein Landschaftsplan vornehmlich dazu, aus naturschutzsachlicher Sicht geeignete Flächen für die Bebauung auszuweisen und zugleich entsprechende Flächen für Ersatz- und Ausgleichmaßnahmen zu schaffen. Hierbei geht es offenkundig nicht nur um „Landschaft“ im umgangssprachlichen Sinne, sondern es wird eine Bestandsaufnahme aller besiedelten und unbesiedelten Flächen (Wald, Fluss, Ackerland, Industrie- und Wohngebiete etc.), sowie deren Nutzung und ökologischer Beanspruchung erstellt. Letztlich vermittelt der erstellte Plan dem interessierten Bürger oder Gemeindevertreter ein aktuelles, ökologisches Profil des gesamten Prisdorfer Landschaftsraumes und weist zudem zahlreiche mögliche Maßnahmen zum langfristigen Erhalt und Schutz ökologisch wertvoller Flächen auf.

Es ist nachvollziehbar, dass sich die CDU bei der letzten Wahl die Erstellung des Landschaftsplanes noch auf die Fahnen geheftet hat. Doch wir fragen uns mittlerweile, welchen Stellenwert dieser aufwendig erstellte Plan derzeit innerhalb der Prisdorfer Politik noch hat.

Fest steht, dass kaum eine der im Plan vorgeschlagenen Maßnahmen zum Naturschutz in den letzten fünf Jahren in den Prisdorfer Gremien eine Rolle gespielt hat. Selbst relativ mit geringem Aufwand umzusetzende Maßnahmen, wie erste Waldumbau- und Aufforstungsmaßnahmen oder auch nur vereinzelte Baumpflanzungen wurden nicht einmal ernsthaft in Erwägung gezogen.

Nur auf die Ausweisung möglicher Baugebiete zu *bauen* ist unserer Meinung nach zu wenig, um die langfristige Entwicklung der Prisdorfer Landschaft politisch verantwortungsvoll zu gestalten; die Berücksichtigung der im Landschaftsplan aufgestellten Maßnahmen zum Schutz des unseres Natur- und Lebensraumes gehört unserer Meinung nach unverzichtbar dazu.

Maßnahmen zur Renaturierung von Bilsbek und Pinnau

Die Landschaft der Flusstäler muss besonders geschützt werden, die naturnahe Umgestaltung (z.B. Gehölzanpflanzung) gefördert werden und, wenn finanziell möglich, ökologisch wertvolle Flächen aufgekauft werden. Wir fordern die Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen für Bilsbek und Pinnau.

Bilsbek- und Pinnau-Niederung werden heute vorwiegend landwirtschaftlich genutzt, d.h. zur Erzeugung von Silage für die Milchwirtschaft. In der Vergangenheit sind beide Bachläufe naturfern ausgebaut (Begradigungen, trapezartige Flussbettvertiefung etc.), einer weitfassenden Verrohrung unterzogen und mit Deichen versehen worden. Sowohl für die Pinnau als auch für den Bilsbek liegen bereits seit einigen Jahren Konzepte zu einer naturnahen Gewässergestaltung vor. Diese sollten aufgegriffen und deren mittel- und langfristige Umsetzbarkeit geprüft werden. Wichtig ist es unserer Meinung nach auch an dieser Stelle auf die Wichtigkeit der Schaffung von Pufferzonen zu sorgen, in denen weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel genutzt werden.

Ausbau der Müllverbrennungsanlage Ahrenlohe kritisch begleiten

Wenn es zu einem Ausbau der Müllverbrennungsanlage kommt, werden wir unsere Interessen an eine geringe Luftverschmutzung und Vermeidung zusätzlicher Verkehrsaufkommen vehement vertreten. Der Ausbau muss auf ein erforderliches Maß beschränkt werden, damit kein „Mülltourismus“ entsteht.